Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegrammadresse: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 111. Mittwoch, 15. Mai 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 15 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Anspruch erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Heiteres an der Elbe". — In Fälle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Industrialisierung von Holland.

Amsterdamer Brief.

Im Juli 1914 wurde zu recht ungünstiger Zeit eine Kolonialausstellung in Lyon eröffnet. Auch Holland hatte da seine Industrieerzeugnisse ausgestellt, und diese Ausstellung war eine ziemlich komische Angelegenheit. Man sah eigentlich nichts als Käse, Schnäpse und Pfefferkuchen, alles gewiß von ausgezeichneter Qualität, aber doch Zeugnis dafür, daß es in dem hochkultivierten Holland, berühmt durch Kunst und Gewerbefleiß, keine Industrie in modernem Sinne gab. Es gibt einen Grund, der das erklärt. Das Königreich der Niederlande, das von 1815 bis 1830 bestanden hat, war vom wirtschaftlichen Standpunkte aus ein Prachtgebilde: die fetten Aecker und Weiden der Rhein- und Maasniederungen und Frieslands, zusammengekoppelt mit den gewerbefleißigen Städten Flanderns und den Eisen- und Kohlengebieten von Lüttich und Charleroi, mit den Häfen von Rotterdam und Antwerpen, endlich mit dem reisigen Rohstoffmagazin der niederländisch-indischen Kolonien — dieses Ganze war wie geschaffen, um der kräftigste industrielle Faktor im Europa des neunzehnten Jahrhunderts zu werden. Die belgische Revolution von 1830 zerriß dieses wirtschaftliche Paradies in zwei Teile. Kohle, Eisen, ein gut Teil der Landwirtschaft, der Hafen von Antwerpen kamen an Belgien. Holland blieb ohne Kohlen zurück, ein fast rein agrarisches Land. Holland war durch den Verlust an Belgien von da ab aus der industriellen Entwicklung von Europa so gut wie ausgeschlossen. Es besaß weder schwarze noch weiße Kohle. Die schwarze Kohle hat sich jetzt im Süden des Landes bei Maastricht in bescheidenen Lagern entdecken lassen. Die weiße Kohle jedoch, das heißt: die in Elektrizität umgesetzte Fallkraft des Wassers, mangelt dem Lande vollständig. Seine Flüsse haben nur ein Gefälle von wenigen Metern. Die Ausnützung der Windkraft durch die zahlreichen Mühlen und Windmotoren spielt wegen der Unbeständigkeit dieses Faktors keine große Rolle.

So kam es denn zu dem Paradox, daß die ungeheuren Vorräte des großen indischen Rohstoffgebietes nicht das Material für eine niederländische Industrie lieferten. Ist es nicht sonderbar, daß die Niederlande, die sich im Besitz so reicher Kautschukplantagen befinden, gar keine nennenswerte Gummi-Industrie entwickelt haben? Sie können es nicht, denn es fehlt ihnen an der ersten Vorbedingung für eine nationale Industrie: an billiger Kraft. Die riesigen Geldkapitalien des Landes, angesammelt durch den Handel mit Kolonialerzeugnissen und den Produkten der einheimischen Land- und Viehwirtschaft, suchten Anlagen im Auslande.

Es bereitet sich aber in diesen Tagen eine entscheidende Wendung vor und, wie 1830 einst ein Ende für Hollands industrielle Entwicklung bezeichnet hat, könnte 1930 den Beginn einer neuen Entwicklung bezeichnen. Weder die schwarze noch die weiße Kohle, auch nicht die Brennstoffe, die sich aus dem Erdöl gewinnen lassen, werden in dieser neuen Entwicklung eine Rolle spielen. Den Kraftstoff der Zukunft besitzt Holland in ungeheuren Mengen (wie ihn übrigens fast jedes Land der Welt besitzt), denn es handelt sich um das Wasser, aber nicht um das Wasser als fallende, durch sein rohes Gewicht Kraft erzeugende Masse, sondern um das Wasser als chemische Substanz, um das Wasser als ein Kompositum der Gase Wasserstoff und Sauerstoff. Daß man aus der harmlosen Substanz Wasser durch Anwendung der Druckelektrolyse gewaltige, technisch nutzbar zu machende Kräfte gewinnen kann, ist in neuerer Zeit oft gezeigt worden. In Deutschland ist eine Reihe von Patenten erteilt worden, die diese Nutzbarmachung bestätigt. Zu einer praktisch-technischen Ausnützung ist es in Deutschland nicht gekommen, da das deutsche Kapital nicht den Mut fand, sich einer deutschen Erfindung zuzuwenden. Wie es gar nicht selten geschehen ist, war der deutsche Erfinder wieder einmal gezwungen, ins Ausland zu gehen. Die große deutsche Erfindung ist von der sehr kapitalkräftigen „Chemischen Industrie- en Handelsmaatschappij" im Haag gekauft worden und wird von ihr ausgenützt. Holland wird auf diesem Wege die billige Kraft gewinnen, die ihm bis jetzt gefehlt hat. Das Hindernis, das der Industrialisierung Hollands hundert Jahre im Wege gestanden hat, ist jetzt beseitigt. Es kann für Deutschland etwas Schmerzliches haben, daß wieder einmal eine deutsche Erfindung erst ans Ausland abgestoßen werden mußte, um ihr Raum zum Aufblühen zu geben. Die Herren von der „Chemischen Industrie- en Handelsmaatschappij" sind gewiegte Kaufleute und Techniker. Sie wissen sehr gut, wie sie ihr Geld anlegen, und Deutschland wird einen hohen Preis für das bezahlen müssen, was es schon vor Jahren hätte billig haben können.

Der Gewerkschaftsring zur Arbeitslosenversicherung.

vdg. **Berlin.** Der Vorstand des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat sich nach eingehenden Beratungen gegen die Darstellung verwahrt, als ob lediglich eine falsche Handhabung der Arbeitslosenversicherung die auf 320 Millionen gestiegene Belastung des Reiches verursacht hätte. Vielmehr habe der strenge Winter eine so starke Belastung herbeigeführt, daß in erheblichem Umfange Reichsdarlehen in Anspruch genommen werden mußten. **Einer gesetzwidrigen und mißbräuchlichen Ausnutzung der Unterstützung müsse durch zweckmäßige Maßnahmen gesteuert werden, wobei** aber eine verständnisvolle und verantwortungsbewußte Mitwirkung der Arbeitgeberschaft, die vor allem in der Landwirtschaft den Mißbrauch der Unterstützung gefördert habe, Voraussetzung sei. Die Reichsanstalt müsse beschleunigt die Einrichtungen der Arbeitsämter zur Durchführung besserer Vermittelung und Kontrollen ausbauen. **Der Gewerkschaftsring verwahrt sich energisch gegen einen Leistungsabbau und die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung.** Die Sonderbehandlung der Saisonarbeiter, deren Kreis neu festzusetzen sei, sollte nach Grundsätzen erfolgen, die den Mißbrauch der Unterstützung ausschließen. — Durch zweckmäßige Durchführung von Verwaltungsreformen würden nicht unwesentliche Ersparnisse erzielt werden. Die Auswirkung solcher Verwaltungsreformen müsse abgewartet werden, ehe eine Beitragserhöhung in Erwägung gezogen werden könne.

Die Schwierigkeiten des Anleihegesetzes.

vdz. **Berlin.** Der **Haushaltsausschuß des Reichstages** besprach am Dienstag den **Gesetzentwurf über**

Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage.

Auf eine Reihe von Fragen des Abg. **Graf Westarp** erwiderte **Reichsfinanzminister Dr. Hilferding**, daß die Bedingungen mit den Banken noch nicht definitiv abgemacht seien. **Fest stehe, daß die Anleihe zu 7 Prozent gegeben werde.** Sie werde dem Reiche einen Ausfall von etwa 7 Millionen an Einkommensteuer, zwei Millionen an Vermögenssteuer und 1½ Millionen an Erbschaftssteuer bringen, **im ganzen also etwa 10,5 Millionen Steuerausfall.** Die Anleihe würde also das Reich jährlich mit etwa 9 Prozent für Zinsen und Steuerausfall belasten. Das Bankenkonsortium werde unter Führung der Reichsbank stehen. Die Reichsbank habe geraten, von der Inanspruchnahme des Auslandes abzusehen. Die Schenkungssteuer sei von der Steuerfreiheit ausgeschlossen. Eine neue Belastung des Geldmarktes werde nicht entstehen. Trotz aller Bedenken erklärte der Minister, auf seiner Vorlage beharren zu müssen, da kein besserer Weg gezeigt worden sei.

Abg. **Dr. Cremer** (DVp.) hielt die **Berechnung der Kosten** der Vorlage durch den Minister **für reichlich optimistisch.** Außerordentlich hoch sei der Ausfall an Einkommensteuern. Hoffentlich komme man nicht wie bei der Reinhold-Anleihe in die schlimme Lage, daß auch diese Anleihe nicht voll gezeichnet werde. Die Deutsche Volkspartei werde nicht mitgehen, wenn man an neue Steuern zur Erleichterung der Kassenlage denke. Der Typ der steuerfreien Anleihe müsse immer eine Ausnahme bleiben.

Abg. **Dr. Schneider-Dresden** (DVp.) bestritt, daß die Volkswirtschaft aus dem Kapitalmarkt zur Zeit 500 Millionen festverzinsliche Anlagen herausholen könne. Kapital sei weder bei der Wirtschaft noch im Reiche ausreichend vorhanden. Trotz aller Bedenken müsse man an eine Auslandsanleihe denken.

Abg. **Dr. Bang** (Dn.) erblickte in der Vorlage eine Neubelastung der Wirtschaft. Durch die Veräußerung der Eisenbahnvorzugsaktien würden Emissionen der Reichsbahn unmöglich gemacht.

Abg. **Bernhardt** (Dem.) trat für die Vorlage ein. Die gewährte Vergünstigung werde zweifellos das Geld aus Kanälen hervorrufen, für die sonst kein Zwang zum Verkauf festverzinslicher Werte bestehe (Heiterkeit).

Abg. **Dr. Quaatz** (Dn.) führte aus, daß die Anleihe den Geldmarkt vollends ruinieren werde. Es handele sich um einen Schritt der Verzweiflung.

Von der Regierung wurde bestätigt, daß keine Vorzugsaktien mit Stimmrecht aus der Hand gegeben werden sollten, sondern nur Zertifikate.

Abg. **Dr. Brüning** (Ztr.) erklärte, daß das Zentrum der Vorlage zustimmen werde. Jetzt träten die Folgen der Wende in der Finanzpolitik zutage, die 1926/27 eingetreten sei, die Verfemung der Schliebenschen Thesaurierungspolitik.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding fragte, was er denn tun solle, wenn man ihm weder erlauben wolle, kurzfristig noch langfristig zu finanzieren, dann bliebe eben nur die Auslandsanleihe und dieser Weg sei nicht gangbar, ganz abgesehen davon, daß der Auslandskredit sehr teuer wäre. Der **Minister wiederholte, daß auch der Reichsbankpräsident den jetzt vorgeschlagenen Weg empfohlen habe.** Die Banken könnten und wollten auf die Dauer keine kurzfristigen Kredite geben. Wir brauchten daher die langfristige Anleihe, trotz aller Bedenken, die man vom Standpunkt der Steuergerechtigkeit hegen könne, und die er ja auch teile. **Aber wir ständen unter einem Zwange. Die Abhilfemaßnahme müsse eine einmalige Ausnahme bleiben.** Es sei Aufgabe einer verantwortungsbewußten Opposition, hier dem Reich zu helfen und nicht parteipolitische Agitation zu treiben.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vp.) führte aus, niemand habe einen anderen Weg gezeigt, um aus der Krisis herauszukommen. Wir müßten nun aber die Quellen verstopfen, aus denen sich die Krisis entwickelt habe, z. B. die unverantwortlichen Anforderungen der Arbeitslosenversicherung.

Finanzminister Dr. Hilferding teilte darauf mit, daß **an Krediten für die Arbeitslosenversicherung im April 62 Millionen gezahlt worden seien, im Mai würden voraussichtlich 25 Millionen und im Juni 12 Millionen gezahlt werden.** In den übrigen Sommermonaten würden aller Voraussicht nach keine Belastungen entstehen.

Abg. **Dr. Hertz** (Soz.) legte dar, daß gerade seiner Partei es schwer werden müsse, einer Vorlage zuzustimmen, die an die Tatsache des Besitzes Vergünstigungen knüpfe. Gewiß liege ein Schritt der Verzweiflung vor, weil zur Zeit kein anderer Weg da sei, aus der Kassenkrisis herauszukommen. Seine Freunde könnten aber die Vorlage nur annehmen, wenn die Vergünstigungen einmalige Ausnahmen blieben. Sie hätten sich bis jetzt zurückgehalten, um andere gangbare Wege zu hören. Er habe keine gehört.

Hierauf wurde die Beratung abgebrochen, um in einer **Abendsitzung fortgesetzt zu werden.**

*

vdz. **Berlin.** Die **Finanzsachverständigen der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** hatten gestern nachmittag mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine Besprechung, in der sie die **Bedenken der Deutschen Volkspartei gegen die 500-Millionen-Anleihe** zum Ausdruck brachten. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. aus volksparteilichen Kreisen hört, gipfeln diese Bedenken vor allem in der Forderung dafür, daß diese Anleihe nur eine einmalige Notmaßnahme sein darf. Im Anschluß an die Besprechung fand eine neue Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei statt.

*

In der

Abendsitzung des Haushaltausschusses

beantragten bei der Weiterberatung der Anleihevorlage **die Deutschnationalen,** daß **dieselben steuerlichen Vergünstigungen,** die hier den Anleihezeichnern gewährt werden sollen, **auch den Liquidationsgeschädigten** für ihre Schuldbuchforderungen aus dem Kriegsschäden-Schlußgesetz zugute kommen sollten. Im übrigen **erklärten die Deutschnationalen, daß sie die Vorlage ablehnen müßten, solange der Finanzminister nicht bündige Erklärungen über die Ausgabenpolitik, vor allem über die Reform der Arbeitslosenversicherung,** abgegeben habe.

Ablehnend äußerten sich auch die **Kommunisten,** die statt der Anleihe eine **verschärfte Vermögensbesteuerung verlangten,** deren Erträge zur Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung verwandt werden müßten.

Von der **Wirtschaftspartei** wurde darauf hingewiesen, daß ein großer Teil des Geldes, das bei der Anleihe aufkommen würde, **der Wirtschaft und namentlich dem Mittelstand entzogen** werde. Durch geeignete Sparmaßnahmen könne die Vorlage überflüssig gemacht werden, die Wirtschaftspartei werde deshalb die Anleihe ablehnen.

Von der **Volkspartei** wurde die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß diese Vorlage eine einmalige Vorlage bleibe und nur ein Glied in der Reihe der Maßnahmen sei, die die Sanierung des Kassendefizits und den Wiederaufbau des Etats einleite, wie der Finanzminister in seiner Etatsrede es angekündigt habe.

Die Pariser Reparationsverhandlungen.

X **Paris.** Die Verhandlungen, die der Vorsitzende des Redaktionsausschusses, **Sir Josiah Stamp,** mit der **deutschen Delegation** zwecks Feststellung des Berichtsentwurfs führt, wurden gestern aktiv fortgesetzt, sind jedoch noch nicht zum Abschluß gekommen. Für eine Reihe von Fragen sind bereits Formulierungen, die aber keineswegs eine Annahme durch die Konferenz bedeuten, gefunden worden, so für die sogenannte Sicherheitsklausel, das Transfer- und das Aufbringungsmoratorium, sowie für die sogenannte politische Klausel. In der politischen Klausel werde festgelegt, daß bei der Entscheidung der Konferenz außer den wirtschaftlichen auch politische Momente berücksichtigt worden sind. Weiterhin hat man sich **über eine Formel geeinigt, die zum Ausdruck bringt, daß die von Deutschland zu leistenden Jahreszahlungen sämtliche Forderungen einbegreifen und daß nicht etwa Sonderforderungen nebenher laufen.** Eine der Zahl nach geringe, der Bedeutung nach aber erhebliche Reihe von Fragen stehen noch offen, wie beispielsweise die Frage der über 37 Jahre hinausgehenden, für die Deckung der interalliierten Schulden zu leistenden 21 Jahreszahlungen, desgleichen die Frage der Höhe des ungeschützten Annuitätenanteils. Wann die Vorlegung des Berichtsentwurfs an die Delegationen erfolgt, ist im Augenblick noch nicht abzusehen. **Auf alle Fälle wird mit Hochdruck gearbeitet und man nimmt an, daß in einer am Donnerstag stattfindenden Vollsitzung mit der Erörterung des Berichts begonnen werden kann.**